

18. Juni 1915

Konfiziert

Handelspolitische Korrespondenz  
Herausgeber und verantw. Redakteur F. Michau  
□ □ Wien, I. Neues Rathaus. □ □

3. Jahrg.

Wien, 18. Juni 1915.

Die Zuckerversorgung und die Zuckerpreise.

In der gestern unter dem Vorsitz des VB. Hoß und Gemeinderats Dr. v. Dorn abgehaltenen Sitzung der Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission wurde die Frage der Zuckerversorgung einer eingehenden Beratung unterzogen. Kammersekretär Dr. Ziegler wies in seinem einleitenden Berichte darauf hin, daß in der letzten Zeit eine Knappheit im Konsumzucker zutage getreten ist, die eine allgemeine Beunruhigung hervorgerufen habe. Da in normalen Zeiten zwei Drähteile des im Inlande produzierten Zuckers exportiert werden, welche Menge in diesem Jahre infolge Wegfalles der Ausfuhr nach England als dem stärksten Importstaate zum größten Teile im Inland geblieben sei, wäre dieser Zustand für die Bevölkerung nicht recht erklärlich und könne auch mit Transport Schwierigkeiten, welche übrigens vom Eisenbahnministerium geleugnet werden, nicht begründet werden. Die Bevölkerung werde ferner durch die im Umlauf befindlichen Gerüchte über eine bevorstehende Erhöhung des Zuckerpreises beunruhigt.

Vorsitzende VB. Hoß schloß diesen Ausführungen an, daß das Interesse, das die ganze Bevölkerung an diesem notwendigen Nahrungsmittel habe, eine Aussprache der Vertreter der Industrie, des Groß- und Kleinhandels und der Konsumenten sehr wünschenswert und notwendig erscheinen lasse, damit diese Frage nach allen Seiten hin klargestellt werde.

Alfred Freiherr von Liebig weist auf seinen in der Neuen Freien Presse vom 17. Juni erschienenen Artikel hin, in welchem die Ursache der Zuckerknappheit und die Gründe für eine später eintretende Erhöhung des Zuckerpreises dargelegt werden.

Experte Dr. Fries betont, daß man bei Ausbruch des Krieges der Meinung war, daß der Zuckerkonsum ein schwächerer sein werde als in Friedenszeiten. Es hat sich aber das Gegenteil herausgestellt. Der Export nach England habe zwar aufgehört, an dessen Stelle sei jedoch Zucker nach Deutschland und nach neutralen Ländern ausgeführt worden. Die jetzige Knappheit sei hauptsächlich auf Transport Schwierigkeiten zurückzuführen. Die Zuckerfabriken haben keinen Anlaß, den bei ihnen lagernden bereits zu festen Preisen verkauften Zucker zurückzuhalten. Der Redner begründet dann die geplante Preissteigerung des Zuckers mit der Erhöhung des Rohzuckers die ihren Grund in einer 35 %igen Reduktion der Rübenanbaufläche habe. Die Verminderung der Zuckererzeugung habe eine unvermeidliche Verteuerung aller Regiekosten zur Folge, wozu noch eine Erhöhung fast aller für den Betrieb erforderlichen Hilfsstoffe und Löhne kommt.

Kaiserlicher Rat Meinel kritisiert die erwähnte Studie des Freih. v. Liebig, in der die Zuckerpreiserhöhung mit der gegenwärtigen

Preiserhöhung auf dem Weltmarkt motiviert werde. Er führt weiters aus, daß sich in den gegenwärtigen außerordentlichen Zeiten der Preis eines im Inlande erzeugten, für die Bevölkerung unentbehrlichen Nahrungsmittels, nicht nach Angebot und Nachfrage bestimmen lasse, sondern durch den Staat zu regulieren ist. Ein weiterer Irrtum in dem erwähnten Artikel wäre, daß bei dem Vergleiche der Inlandspreise mit den Auslandpreisen das bestehende Disagio berücksichtigt worden sei, welches für einen im Inland erzeugten und hier zum Verbrauch gelangten Artikel irrelevant wäre.

Kammerrat Vinzi macht darauf aufmerksam, daß der Zuckerhandel gegen eine ungerechtfertigte Preiserhöhung auf das entschiedenste protestieren müsse. Wenn aber genaue, von der Regierung anzustellende Erhebungen einen mäßigen Preiszuschlag rechtfertigen würden, so müßte sich die Zuckerindustrie verpflichten, daß der einmal festgesetzte Preis bis Oktober 1916 oder bis zum Schluß des nächsten Jahres keine weitere Erhöhung erfährt. Weiters müsse eine entsprechende Garantie gegeben werden, daß das Quantum, welches der Konsum selbst bei entsprechender Steigerung benötigt, sicher gestellt werde. Der Redner stellt ferner den Antrag, daß im Falle einer Preiserhöhung des neuen Zuckers für den noch zu liberierenden Zucker der alten Ernte ein Deklarationszwang eingeführt werde, damit nicht der letztere zu Spekulationszwecken aufgesapelt werde. Weiters spricht sich der Redner für die Festsetzung von Höchstpreisen im Groß- und Kleinhandel aus. Generaldirektor Kniep erklärt sich damit einverstanden, daß der von der Regierung zu bestimmende Preis bis Ende September 1916 festgesetzt wird, jedoch nicht über diesen Zeitraum hinaus. Die Zuckerindustrie werde sich nicht dagegen wehren, daß die gesamten Vorräte der kommenden Ernte und der Rest der alten Ernte unter Sperre gelegt werden. Redner weist ferner darauf hin, daß der noch zu liberierende Rest des diesjährigen Kontingentes von der Heeresverwaltung und von den großen Gemeinden fast zur Gänze angesprochen worden sei.

Frau Granitsch verweist auf die Empörung, welche die Zuckerfrage in der Bevölkerung hervorgerufen hat. Die Regierung hat der Zuckerindustrie durch Schaffung der Darlehenskassen die Möglichkeit gegeben, den Zucker zurückzuhalten, wodurch es der Industrie möglich wurde, den Zuckerpreis zu halten. Die gegenwärtige ungünstige Konstellation auf dem Geldmarkt kommt der Zuckerindustrie zu Gute, die aus den nicht unbedeutenden Exporten in das neutrale Ausland aus dem Disagio unserer Währung große Vorteile zieht. Die Konsumenten verlangen energisch, daß ebenso wie für das Getreide das Staatsmonopol eingeführt, weiters, daß ein Verbot der Ausfuhr des Zuckers der nächsten Campagne erlassen wird und endlich, daß das Zuckerkartell sich verpflichtet, die bisherigen eine volle Rentabilität bietenden Zuckerpreise beizubehalten.

Frau Freundlich verlangt: Sofortige Beschlagnahme aller Vorräte an Rohzucker und Raffinade unter Deklarationspflicht der Fabrikanten und Händler; direkte Ueberführung des Zuckers in den Konsum durch eine eigene Zuckerzentrale; Ueberwachung des Kartells durch einen Regierungskommissär und Kontrolle der Fabriken unter Geschäftsaufsicht; steuerfreie Abgabe des Exportzuckers an Gemeinden für die unbemittelten Volksschichten und von entsprechenden Mengen an Rohzucker für Futterzwecke; Preisbestimmung des Zuckers der neuen Kampagne unter Zuziehung von Vertretern der Konsumenten nach vorheriger Ueberprüfung der Produktionskosten von Rohzucker.

Gemeinderat Partik fordert, daß nach Liberierung des diesjährigen Kontingentes noch weitere 20 % freigegeben werden, da der Rest des diesjährigen Kontingentes fast vollständig von der Heeresverwaltung und von Gemeinden in Anspruch genommen ist. Das Plus der Zuckersteuer, welches durch den Mehrverbrauch des Zuckers im Inlande erzielt wird, könnte der Zuckerindustrie zu Gute kommen.

Gemeinderat Sakkianakis Sektionschef Eglauer wünscht die Einsetzung einer Preiskommission, in welcher unter der Leitung der Regierung die Industrie, der Groß- und Kleinhandel sowie die Konsumenten vertreten sein sollen.

Frau Freund-Markus: In einer Zeit, in welcher der Handwerker, der Arzt, der Advokat seinen Beruf oder sein Geschäft verläßt, um ins Feld zu ziehen, ohne zu wissen, wie er bei seiner Rückkehr sich eine neue Existenz gründen können, in einer solchen Zeit von der Rentabilität einer Großindustrie zu sprechen sei geradezu frivol. Die Zuckerfrage sei ebenso wichtig wie die Mehlfrage.

Zum Schlusse bemerkte der Vorsitzende Vizebürgermeister Hoß, daß die vorgebrachten Anregungen Anträge der Regierung sogleich zur Kenntnis gebracht werden sollen.

Die Beratung wurde sodann infolge vorgerückter Stunde abgebrochen und wird in der nächsten Woche fortgesetzt werden.